



VERANTWORTUNG FÜR DIE MENSCHEN IM VOGTLAND ÜBERNEHMEN

TTIP AUF DIE TAGESORDNUNG SETZEN!

Im Januar hatte die Fraktion DIE LINKE im Kreistag den Antrag gestellt, das Thema TTIP auf die Tagesordnung zu setzen.

Landrat Keil lehnte das mit der Begründung ab, dass der "Landkreis seine ihm gesetzten rechtlichen Schranken überschreitet, wenn er zu allgemeinen, überörtlichen, vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen fassen lässt oder für oder gegen eine Politik Stellung nimmt, die ihn nicht als einzelnen Landkreis besonders betrifft, sondern der Allgemeinheit - ihm nur so wie allen Landkreisen - eine Last aufbürdet oder ihn allgemeinen Gefahren aussetzt."

Die Begründung durch ihn bzw. durch Frau Panzert von der Kommunalaufsicht folgt dabei der einseitigen Logik, mit der auch schon ein gleichartiger Antrag im Reichenbacher Stadtrat abgelehnt wurde. Dass sie dabei nicht der Empfehlung des Sächsischen Ministerium des Innern folgt, jeden Antrag hinsichtlich TTIP in seiner Spezifik zu betrachten, hatte sie bereits den beiden Reichenbacher Kreisräten Höll-

rich und Ruß am Rande einer Kreistagssitzung persönlich klargestellt. Die Begründung durch den Landrat (eingeschlossen die Argumentation durch Frau Panzert) lässt aber eine ergebnisoffene Behandlung des Themas im Kreistag erst gar nicht zu.

Das geplante Handelsabkommen birgt nicht abschätzbare Risiken für den Vogtlandkreis, was sich ganz besonders in der Daseinsfürsorge (Dienstleistungen wie Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser, Müllentsorgung...), aber z.B. auch auf die vogtländische Landwirtschaft (zumeist kleinstrukturierte Agrarbetriebe mit einem hohen ökologischen Anteil) auswirken wird.

Landrat Keil kann scheinbar die Dimension des beabsichtigten Abkommens und der damit zu erwartenden Gefahren für den Vogtlandkreis nicht

überschauen. Andere Kommunen und Landkreise in Deutschland sind hier bereits einen Schritt weiter und wehren sich. Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag wird sich mit der Ablehnung nicht zufrieden geben. Sie hat inzwischen eine rechtsverbindliche Aussage vom Sächsischen Ministerium des Innern gegen die Ablehnung zur Behandlung im Kreistag eingefordert.

Wer wider besseren Wissens handelt, der handelt fahrlässig. Landrat Keil hat mit seiner Wahl eine große Verantwortung für die Menschen im Vogtland übernommen. Wenn ihm dabei verschieden auslegbare Paragraphen wichtiger sind als das Wohl der Menschen, so handelt er fahrlässig in unseren Augen!

Henry Ruß

aus dem	Frauentag im Vogtland.....	S. 2
Inhalt:	Tag der Neumitglieder.....	S. 3
	Nach den Wahlen.....	S. 5
	Briefe.....	S. 7



ORTSVERBAND GÖLTZSCHTAL WÄHLT NEUEN ORTSVORSTAND

Der Göltzschtalverband hat am 23.02.2016 seine planmäßige Versammlung zur Wahl des neuen Ortsvorstandes durchgeführt. An dieser Versammlung nahmen 34 Genossinnen und Genossen teil, auch Mitglieder aus Klingenthal.

Schon lange vorher waren wir uns einig, dass der Vorstand verjüngt werden muss.

Wir konnten zum Glück in den letzten Monaten in Auerbach neue Mitglieder aufnehmen. In mehreren Gesprächen konnten wir sie überzeugen im Vorstand mitzuarbeiten. Langjährige Mitstreiterinnen in hohem Alter wollten ganz ausscheiden oder zumindest Verantwortung abgeben. Genossin Mieth war viele Jahre Vorsitzende. Gern hätte sie gehabt, wenn die junge Genossin Kosche diese Funktion übernommen hätte. Wir mussten aber akzeptieren, dass sie erst noch Erfahrungen in der Vorstandsarbeit sammeln will.

Im Rechenschaftsbericht wurde entsprechend der Schwerpunktaufgaben, in den vergangenen zwei Jahren besonders, die Aktivitäten zur Vorbereitung von Wahlen abgerechnet. Es konnte eingeschätzt werden, dass sich die jahrelange Zusammenarbeit in Gruppen bewährt hat. Besonderes Lob galt den über 20 Helfern, die bei den verschiedenen Aktivitäten wirksam wurden: eingespielte Gruppen bei den Plakatierungsaktionen und an den zahlreichen Ständen erhöhte die Effektivität.

Beim Einsatz vor dem Kaufland konnten wir von vielen Bürgern, mit denen wir sonst nicht ins Gespräch kommen, Meinungen erfahren, die sicher eher repräsentativ sind: Wie: "Ihr könnt doch auch nichts ändern". "Vielen geht es doch auch nur um lukrative Posten", "Ihr seid in wichtigen Fragen nicht einig und nicht konsequent". Dabei ging es nicht so sehr darum, dass sie andere Parteien wählen, sondern gar nicht mehr wählen gehen. In den Städten werden Bürgervereinigungen bevorzugt.

Diese Haltungen erklären auch warum wir Stimmen verloren haben.

Die Aktivitäten zur Liebknecht-Ehrung, zum Frauentag, zum Tag der Befreiung und am 1. Mai wurden hervorgehoben, besonders eine zahlreichere Teilnahme an diesen Veranstaltungen wird gefordert. In der Diskussion war die Flüchtlingspolitik und die Situation im Kreis ein besonderer Schwerpunkt. Dabei wird hervorgehoben, dass im Mittelpunkt die humanitären Fragen stehen müssen und dass sich auch in unserem Bereich gezeigt hat, wie viele Vorbehalte durch näheres Kennenlernen überwunden werden.

Wir wählten einen Vorstand mit acht Mitgliedern, darunter vier Frauen. Das Durchschnittsalter konnten wir von 72 auf 59 Jahre senken.

Zum Vorsitzenden wählten wir Genossen Rolf Steiniger.

Wir sind der Überzeugung, dass sich durch die drei jüngeren, neu gewählten, Mitglieder neue Ideen und Initiativen besonders in der Außenwirkung zu den Bürgern ergeben werden.

In der ersten Vorstandssitzung hat sich das bereits gezeigt. Der Genosse Tim Süß will besonders die Arbeit mit der Jugend verstärken. Ein erster Schritt in diese Richtung werden Jugendsprechstunden sein. Die Genossin Katrin Kosche ist schon jetzt im Bereich der Sozialarbeit aktiv und will sich verstärkt um Eintragungen auf der Homepage kümmern.

Ursula Mieth

FRAUENTAGSFEIER DER LINKEN IN REICHENBACH

Am 08.03.2016, dem Internationalen Frauentag, trafen sich traditionell auf Einladung des Ortsverbandes Reichenbach der Partei DIE LINKE im „Café Richter“ Frauen, um einerseits gesellig diesen Tag bei Kaffee und Kuchen zu begehen und andererseits zu einem politischen Thema zu diskutieren. Der Ortsvorsitzende der LINKEN, Thomas Höllrich, hatte diesmal seine drei Mitbewerber für das neu zu vergebende Amt des Oberbürgermeisters eingeladen. Alle drei kamen dieser Einladung nach. Nach ihrer persönlichen und inhaltlichen Vorstellung entwickelte sich eine angeregte Diskussion mit den Besucherinnen der Feier über Ordnung und Sicherheit, Flüchtlingsarbeit, Ärztemangel und Zukunftschancen für Reichenbach, die auch das Erreichte und die Versäumnisse der letzten Jahre ausgiebig reflektierte.

Thomas Höllrich

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Internationaler Frauentag 2016 – für uns Anlass, diesen Tag mit den Genossinnen der Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) in der Partnerstadt Kraslice zu verbringen. In diesem Jahr besteht die Städtepartnerschaft zwischen Klingenthal und Kraslice 45 Jahre. Aufgrund dieser jahrelangen Tradition trafen wir uns am 08. März 2016 bei der KSČM in Tschechien zum Kaffee trinken. Mit Dolmetscherin und Gesten gelang uns eine gute Verständigung.

2017 werden wir wieder in Klingenthal Gastgeber der Frauentagsfeier sein. Obwohl auch bei uns die Überalterung nicht halt macht, wollen wir diese gute Tradition, solange es geht fortführen. Dies sind wir der Gründerin des Internationalen Frauentags – Clara Zetkin – schuldig.

OV Klingenthal

ERSTER „TAG DER NEUMITGLIEDER“ DER LINKEN SACHSEN IN DRESDEN

Am Samstag, den 27.02.2016 zwischen 10 und 16 Uhr fand in Dresden erstmalig der „Tag der Neumitglieder“ statt. Ein Experiment! Mit großer Freude machte ich mich also als jemand, der weniger als fünf Jahre Mitglied der LINKEN ist, das war die Teilnahmevoraussetzung, nach Dresden auf. Auf dem Programm standen unter anderem: Einführende Worte vom Parteivorsitzenden Rico Gebhardt, ein „World Café“ zum Kennenlernen der landesweiten Zusammenschlüsse, ein Überblick über die Gesamtstruktur der sächsischen LINKEN, eine Selbstvorstellung des Kommunalpolitischen Forums Sachsen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und abschließend eine Diskussion mit drei sächsischen Landtagsabgeordneten. So konnte ich also als „Neumitglied“ mit anderen Neumitgliedern, Teilen unserer sächsischen Parteispitze, den „alten Hasen und Häsinnen“ der landesweiten Zusammenschlüsse und einigen MandatsträgerInnen auf Tuchfühlung gehen. Insgesamt war die Veranstaltung für mich sehr gelungen, da man experimentierfreudig neuen didaktischen Formaten den Vorzug gab, Wert darauf legte, eher leger und persönlich miteinander umzugehen, und eine sehr vielfältige Altersstruktur anzubieten hatte, die man ja sonst (leider) viel zu selten parteiintern antrifft. Ich war zwar das einzige aus dem

Vogtland angereiste Neumitglied, aber zu meiner großen Überraschung war das Vogtland auf der Veranstaltung sehr gut vertreten: Einige Aktive aus dem OV Göltzschtal waren eigens angereist, um die LAG „Hartz IV“ zu vertreten und um neue Mitglieder zu werben; soweit ich weiß, auch mit einigem Erfolg. Bis auf einen kleinen Zwischenfall, bei dem sich zeigte, wie schwer es auch innerhalb der LINKEN fällt, Solidarität auch noch in Konfliktsituationen zu leben und nicht in die Muster von „Belächeln“, „Ignorieren“, „Abschmettern“ und „Arroganz“ zu verfallen, empfand ich die Veranstaltung als sehr gelungen. Und eins wurde mir sehr deutlich: Der persönliche Kontakt motiviert einen viel eher dazu, einer Arbeitsgemeinschaft beizutreten, als die noch so schönen Worte auf einem Stück Papier. So habe ich mich nun auch endlich dazu durchgerungen, mich zwei Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) und einer Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) anzuschließen und hoffentlich mehr inhaltliche Arbeit zu leisten als in den letzten 1 ½ Jahren.

Sandra Steiner

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Geheimdienste außer Kontrolle – ein Insider berichtet

Forum mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. André Hahn, stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums und stellv. Mitglied im NSA-Untersuchungsausschuss. "Wenn die neuesten Medienberichte stimmen und es schon im Jahr 2008 einen oder gar mehrere Berichte des BND über versuchte bzw. auch real erfolgte Wirtschaftsspionage seitens der NSA an die Dienst- und Fachaufsichtsbehörde gegeben hat, dann hätte das Bundeskanzleramt das Parlamentarische Kontrollgremium erneut belogen“, so Dr. André Hahn in einer Pressemitteilung vom 27.04.2015. Er schätzt ein: 85 % der Skandale um die NSA habe er nicht im Gremium erfahren, sondern aus den Medien. Darüber und über seine Arbeit im parlamentarischen Kontrollgremium über die Geheimdienste wird er uns berichten.

Im Anschluss steht André für Fragen zu weiteren aktuellen Themen aus dem Bundestag zur Verfügung.

18. April 2016, 19 Uhr in der Jugendherberge „Alte Feuerwache“, Neundorfer Straße 3, 08523 Plauen

VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER DÜRFEN NICHT SCHUTZLOS SEIN

Linksfraktion geht auf Verbraucherschutztour 2016

Am 1. März startete Janina Pfau, Sprecherin für Verbraucherschutz der Fraktion DIE LINKE, ihre Verbraucherschutztour durch Sachsen. Dabei wird die Abgeordnete verschiedene Verbraucherschutzzentralen sowie Schuldnerberatungen im Freistaat besuchen. Pfau will sich einen Überblick über deren zahlreicher werdende Aufgaben verschaffen und deren finanzielle Ausstattung sowie Probleme, die an die Verbraucherzentralen herangetragen werden, in den Blick nehmen.

Janina Pfau erklärt dazu: „Verbraucherschutz ist heute wichtiger denn je, denn der Dschungel von Waren und Dienstleistungen, auf den die Bürgerinnen und Bürger treffen, wird immer dichter. Davon zeugen etwa die Entwicklungen in den Bereichen Online-Handel, Telekommunikation und Versicherungen. Die Fraktion DIE LINKE tritt dafür ein, Verbraucherrechte zu stärken. Bürgerinnen und Bürgern müssen die Möglichkeit haben, möglichst umfassende Informationen zu bekommen. Sie dürfen den Interessen von Unternehmen nicht schutzlos ausgeliefert sein“.

Die Tour startete am 1. März in der Verbraucherschutzzentrale in Plauen. Die nächsten Termine sind, laufend aktualisiert, unter www.janina-pfau.de/verbraucherschutz_nachlesbar.

ARMUTSGEFÄHRDUNG IN SACHSEN HÖHER ALS IM BUNDESSCHNITT

Die Armutsgefährdungsquote lag in Sachsen im Jahr 2014 mit 18,5 Prozent der Gesamtbevölkerung deutlich höher als bundesweit mit 15,4 Prozent. (Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2014 bundesweit bei 917 Euro, nach dem Mikrozensus.) Ein deutlicher Unterschied zeigt sich insbesondere auch bei den abhängig Erwerbstätigen. Deren Armutsgefährdung lag in Sachsen im Jahr 2014 bei 10,9 Prozent im Vergleich zu 7,5 Prozent im Bundesschnitt. Insbesondere bei Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentnern ist die Armutsgefährdung in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Lag die Armutsgefährdungsquote bei Erwerbslosen in Sachsen im Jahr 2005 bei 57,1 Prozent stieg sie bis 2014 auf 70,7 Prozent. Im Jahr 2005 waren 9 Prozent der Rentnerinnen und Rentner armutsgefährdet, 2014 14,5 Prozent. Dies geht aus der offiziellen Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hervor.

In der erhöhten Armutsgefährdung von Sächsinen und Sachsen spiegelt sich natürlich das niedrige Lohnniveau des Freistaates wider. Völlig kontraproduktiv war viele Jahre gewesen, dass der Freistaat Sachsen nicht für gute Arbeit geworben hat, sondern im Gegenteil mit den niedrigeren Löhnen. Diese Entwicklung muss nun die Landesregierung korrigieren und sich für gute und existenzsichernde Arbeit in Sachsen einsetzen, insbesondere auch um der zunehmenden Altersarmut entgegen zu wirken. Völlig unverständlich

ist zudem, dass der Freistaat Sachsen keine eigenständigen Aktivitäten zum Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit entwickelt, sondern die Menschen in Armut und Ausgrenzung verharren lässt. Der Freistaat Sachsen stellt keine zusätzlichen Finanzmittel zur Förderung öffentlicher Beschäftigung zur Verfügung. Der Nachbarstaat Thüringen hingegen hat einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffen, auch unter Nutzung von Landesmitteln. Um insbesondere für langzeiterwerbslose Menschen Perspektiven zu schaffen, aber auch um gesellschaftlich notwendige und wichtige Tätigkeiten zu ermöglichen, fordern wir die Einrichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

Ganz besonders ist aber die Bundesregierung in der Pflicht. Der Mindestlohn von 8,50 Euro kann nur ein erster Schritt sein. Er muss schnell und regelmäßig erhöht werden. Als DIE LINKE fordern wir die sofortige Erhöhung auf 10 Euro die Stunde. Die willkürlichen Ausnahmen, etwa für Langzeiterwerbslose, sind durch nichts zu rechtfertigen und müssen abgeschafft werden. Ebenso ist es vollkommen inakzeptabel, wenn jetzt Ausnahmen für Flüchtlinge gefordert werden. Den Ruhestand und das Alter ohne Existenzängste genießen zu können, muss für die vielen Seniorinnen und Senioren eine Selbstverständlichkeit sein, auch in Sachsen. Um dies zu erreichen, muss unter anderem das Rentenniveau wieder angehoben werden, auf mindestens 53 Prozent. Zudem müssen die Kürzungsfaktoren und die Rente erst ab 67 abgeschafft werden. Um einen Mindeststandard in der gesetz-

lichen Rente zu garantieren fordern wir die Einführung einer einkommens- und vermögensgeprüften Solidarischen Mindestrente von 1.050 Euro netto. Natürlich muss auch endlich der niedrigere Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen werden. Zudem fordern wir grundsätzlich die Abschaffung des Hartz IV-Systems und dessen Ersetzung durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die wirklich vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Sabine Zimmermann, MdB

VERANSTALTUNGS- VORSCHAU

„Ein Jahr Mindestlohn - Bilanz und Ausblick“

mit MdB Sabine Zimmermann

AM 4. MAI 2016

im Quartier 30
(Bahnhofstraße 30, Plauen)
Beginn: 17 Uhr



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
14. April 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

LINKE INHALTE MÜSSEN BESSER TRANSPORTIERT WERDEN!

Wie es nach den Landtagswahlen vom 13. März weiter gehen sollte



Motiv eines Großplakats in Sachsen-Anhalt

© DIE LINKE Sachsen-Anhalt

Am Abend der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (LSA), Rheinland-Pfalz (RLP) und Baden-Württemberg (BaWü) saß der Schock tief. DIE LINKE konnte zwar im Wahlkreis Köthen (LSA) ein neues Direktmandat gewinnen und in den anderen Bundesländern jeweils etwa 17.000 Menschen mehr dazu bewegen, ihre Einzelkandidaten zu wählen. Jedoch hat sie in Sachsen-Anhalt gut 1/3 ihrer Fraktion verloren und den Einzug in die Landtage in Mainz und Stuttgart deutlich verpasst. Die AfD hingegen schaffte den Sprung in die Landtage und übernahm in Sachsen-Anhalt aus dem Stand die Rolle der Oppositionsführerin. Damit ist die AfD in mehr als der Hälfte der Landesparlamente und ist aus der politischen Landschaft der nächsten Jahre nicht mehr weg zu denken. Dies wird auch eine große mediale Aufmerksamkeit bedeuten.

Bereits jetzt haben die AfD und andere rechte Parteien den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck massiv gefördert. Jedoch haben auch Union, SPD und GRÜNE dazu beigetragen, dass es in Deutschland anscheinend nur noch „Pro Merkel“ oder „rechts von Merkel“ gibt.

Die Union ist in der Flüchtlingsfrage zerstritten und das rechte Lager innerhalb der CDU wächst immer mehr. Mit der rheinland-pfälzischen Spitzenkandidatin Julia Klöckner bekommt dieses Lager ein neues und beliebtes Gesicht innerhalb der Union. Es ist bitter, dass für viele in der CDU die Positionen von Merkel (Frontex, Asylrechtsverschärfungen usw.) noch nicht unmenschlich genug sind.

Was macht die SPD? Sie rückt mit nach rechts. Sie stellt sich nach außen immer als die „Willkommens – und Integrationspartei“ dar, steht jedoch genauso für eine inhumane Flüchtlingspolitik, die dafür sorgt, dass hunderte Menschen an den Außengrenzen Europas sterben. Es scheint keine SPD-Pressekonferenz mehr zu geben, in der nicht betont wird, dass der Zustrom nach Europa begrenzt werden muss.

Und die GRÜNEN? Diese vertreten gerade mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann fleißig CDU-Positionen und stimmten im Bundesrat dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz 2015 zu.

Doch was sollten wir als linke Partei und Bewegung tun?

Gerade die Ergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zeigen, dass DIE LINKE dort mehr Stimmen erhält, wo die Gesichter und Initiativen unserer Partei bekannter werden. Genau diesen Erkenntnisgewinn müssen wir jetzt nutzen!

Wir sollten uns definitiv nicht am politischen Rechtsruck beteiligen.

Wir müssen von der Bundes- bis zur Kommunalebene eine Politik der sozialen Ideen für alle Menschen, der Offenheit und einer menschliche Asylpolitik betreiben.

Wir sollten gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ächten, linke Alternativen vertreten und eigene Inhalte und Lösungsvorschläge anbieten und

produzieren. Diese müssen auch über viele Kanäle gestreut werden. Kein einziger Flyer darf mehr liegen bleiben!

Wir müssen bis zu den nächsten Wahlen in allen Orten Strukturen aufbauen, welche es uns ermöglichen, problemlos innerhalb einer Woche große Stückzahlen an Druckmedien unter die Menschen zu bringen. Die Fraktionen und Gemeindevertreter vor Ort müssen ihre Erfolge noch besser vermarkten. Wir dürfen uns nicht mehr darauf verlassen, dass andere Medien unsere Ideen von allein aufgreifen und publizieren, sondern wir müssen Initiativen gezielt in Pressemitteilungen verpacken und dann auch über soziale Medien verteilen.

Über unsere eigenen Initiativen hinaus müssen wir auch in anderen Aktionen der linken Bewegung aktiv werden. Gerade in Geflüchteteninitiativen und Helfer*innenkreisen wächst die Sympathie für unsere Positionen und Antipathie gegenüber der „Festung Europa“.

Dies alles müssen wir trotz sinkender Aktivenzahlen bewältigen. Deshalb sollten wir in diesen Tagen und Wochen mutig sein, uns nicht „unterbuttern“ lassen und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Also innerhalb und außerhalb der Parlamente: Kopf hoch und volle Kraft voraus!

Paul Gruber & Lars Legath

FLÜCHTLINGSKRISE UND WAHLDESASTER AM 13. MÄRZ wie weiter?

Es war richtig, dass Katja Kipping, Wulf Gallert und viele unserer Genossinnen und Genossen vor den Wahlen bekräftigten, dass DIE LINKE trotz der Anti-Asylstimmung nicht von ihren Grundsätzen Weltoffenheit, Menschenrechte und Humanität abrückt, auch wenn voraussehbar war, dass diese Haltung Wählerstimmen kostet.

Trotzdem müssen wir uns jetzt fragen, wie wir unsere Argumentation verbessern müssen, um sachlich falsche und menschenfeindliche Behauptungen von AfD und Pegida zu widerlegen und sowohl unberechtigte als auch berechtigte Sorgen und Ängste unserer Mitbürger, die jetzt AfD und Pegida hinterherlaufen, zu entkräften.

Dazu sollten wir mindestens zu folgenden vier Problemkreise diskutieren.

1.) Ältere Leute reagieren auf den Vergleich heutiger Flüchtlingsströme mit denen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Argument: Das war etwas ganz anderes, das waren ja Deutsche. Neulich klingelte ein Vertreter der Malteser bei mir und warb um einen Spendenvertrag: Sein Verband wolle dafür sorgen, dass Fördergelder, die im Land bereitstünden, für Deutsche verwendet werden. Dazu brauche er Spenden. Denken unsere Mitbürger eigentlich daran, dass wir Deutsche unseren relativ hohen Lebensstandard zu einem beträchtlichen Teil Ausländern verdanken? In Ostasien nähern Frauen für einen Stundenlohn von 0,17 € vierzehn Stunden am Tag sieben Ta-

ge in der Woche Textilien für uns! In Afrika ernten Kindersklaven, also ohne Lohn, Kakao- und Kaffeebohnen, Baumwolle und Südfrüchte. Ein Journalist, der sich als Interessent für den Kauf eines Kindes ausgab, um sich die Arbeit auf der Plantage ansehen zu können, sollte für ein Kindes, das dann für ihn zu arbeiten hätte, lediglich 230 € zahlen.

Wir haben eine Bringeschuld gegenüber Ausländern! Vergessen sollten unsere Bürger auch nicht, dass nicht nur unser Gesundheitswesen zusammenbrechen würde, wenn wir keine Ausländer in unserem Land hätten!

2.) In den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention haben sich die 147 Unterzeichnerstaaten verpflichtet, Menschen aufzunehmen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung Verfolgung befürchten oder in Kriegs- und Konfliktsituationen um Leib und Leben fürchten müssen. Wie soll untersucht werden, ob die zu uns Fliehenden unter diesen Status fallen, wenn nach Obergrenzen gerufen wird? Zu den Unterzeichnerstaaten der Konvention gehören alle EU-Staaten und auch Mazedonien!

3.) Viel zu wenig wird über positive Erlebnisse mit Flüchtlingen gesprochen! Ein Mitarbeiter der Auerbacher Stadtverwaltung hat einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling in seiner Fa-

milie aufgenommen und erzählt begeistert von der Bescheidenheit, Höflichkeit, dem Lernwillen und der Dankbarkeit des jungen Syrers. Ein Bekannter von ihm hat sechs unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein Zu-Hause gegeben. Er berichtet über gleiche Erfahrungen. Handwerksmeister loben Fleiß und Zuverlässigkeit von Flüchtlingen, die bei ihnen eine Lehre begonnen haben.

4.) Natürlich dürfen wir die Augen nicht vor zu erwartenden Problemen verschließen. Hier müssen wir Lösungsmöglichkeiten beraten, Forderungen stellen und durchsetzen. Zum Beispiel besteht die Gefahr, dass das Leistungsniveau in Schulklassen sinkt, in denen eine große Zahl von Ausländern ohne ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache lernen. Schweden berichtet in einem solchen Fall von einem Leistungsabfall von 80 %. Hier sind anderer Organisations- und Lehrformen gefragt, dafür müssen wir kämpfen!

Diskutieren wir über die neuen Aufgaben in unseren Mitgliederversammlungen und mit unseren Bürgern! Vergessen wir nicht unsere Tradition internationaler Solidarität! Die Bilder vom Mittelmeer und von Idomeni dürfen uns nicht kalt lassen!

Dr. Dorothea Wolff

**Wir dürfen nicht Menschen,
die vor Hass und Gewalt fliehen,
mit Hass und Gewalt begegnen!**

DIE LINKE.

www.dielinke-sachsen.de

WIEDER MEHR ZUSAMMEN SITZEN

und über Gott und die Welt reden

Letztens bin ich einer Einladung von unserer Genossin Sandra Steiner gefolgt und habe an einer Filmvorführung zum Thema „Warum schweigen die Lämmer?“ teilgenommen. Sandra organisiert häufiger solche Abende und bittet auch darum, dass sich andere mit einbringen. Achtet daher immer mal auf Infoposteinladungen von ihr - es lohnt sich! Der Film an sich war schon spannend genug, aber auch die anschließende Gesprächsrunde war lebhaft.

Allein die Tatsache, dass wir eine Vielzahl von Themen nur anreißen konnten, obwohl wir bis spät in die Nacht hinein saßen, zeigt wie hoch eigentlich der Bedarf an solchen Gesprächsrunden zu sein scheint. Zwei Themen waren besonders interessant und wurden länger „zerlegt“. Zum einen das Thema „Annexion der Krim“ und zum anderen das Thema „Ist Motivation nicht das Gleiche wie Manipulation?!“. Ich möchte bewusst nicht näher drauf eingehen, was bisher für Standpunkte aufgefahren wurden. Es wären eigentlich Themen für die man jeweils eigene Gesprächsabende durchführen kann. Aber jetzt kommt der Punkt, an dem Ihr gefragt seid. Es muss nicht

immer alles vom Kreisvorstand organisiert werden. Manchmal reicht dazu eine kleine Gruppe in einem Ortsverband. Dazu braucht es auch keinen OV-Vorstand, sondern „nur“ interessierte Menschen. Ich würde mich freuen, wenn einzelne Genossinnen und Genossen auch so etwas wie Sandra auf die Beine stellen würden. Welches schöne Bild für eine basisdemokratische Partei wie unsere ergäbe das, wenn in jedem kleinen Dorf eine Debatte zu einem Thema entsteht und dieses Thema dann nach oben dringt, auf Kreisebene, auf Landesebene oder auf Bundesebene? Die oben genannten Themen sind dazu wahrscheinlich nicht geeignet, aber versucht es einmal zum „warm werden“ mit dem Thema „Motivation und Manipulation“. Ihr glaubt gar nicht wie lebhaft so etwas werden kann! Wenn jemand so etwas anbieten wollte, dann kann auf Kreisebene sicher bei der Vernetzung Hilfe geleistet werden. Der Impuls muss aber aus der Basis kommen.

Maik Schwarz

NEIES VON DAR META

Ne Dienstooch frieh hot de Neideiteln ausn Fenster geguggt un do hott dar glei dar Morngkaffee nimmer geschmeckt. Alles woar schneeweiß, wies Weihnacht net schenner hätt sei kenne. Doo hott se glei iehr Falknstaaner Freindin, de Meta agerufn un glei aa ze meckarn aagefangt:

„Denk dars ner, de Strooß ze unnerer scheen Talsperre Pöhl machn se itze, wo de Saison widder losgeh soll, scha widder dicht, um e Stick Rad- un Gehweech ze bauen. So gett des itze scha zwanzisch Goahr lang. Iech bi gespannt wie viel Meter se diesmoll fertisch bringe!“

Drauf de Meta; „Kammar setten Krempl net vom Herbst bis dar Winter los gett baue, wenn sowiso kaane Sau

mehr kimmt un de Wertsheiser iehr Saison beendet hamm? Iech mecht ner wissen, woas die Verantwortlichn in iehrn Nischel hamm. De Chefin vom Zweckverband lamediert zwar in dar Zeitung, aber wenn se weng Arsch in dar Hos hätt, dann hätt se siech des net gefallen lassn. Aber der Talsperrenverband kaa blos laufnd an dar Gebührenschaub drehe“ De Wertsleit un de Touristikunternehmer tunne mar itze scha leid, wenn immer wenscher Leit nach Pöhl komme un dar Umsatz immer wenschar werd“.

„Host scha recht,“ maant de Neideitln „Iech glaab aa net, dess iech alte Fraa noch arleb, dess es e moll e Goahr ohne Vollsperrung um de Pöhl gibbt.“

Dieter Riedler

WAHLEN IN DREI BUNDESLÄNDERN

Erklärung der VVN-BdA Sachsen

Mit Bestürzung haben die Mitglieder unseres Verbandes die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zur Kenntnis genommen. Obwohl schon im Vorfeld zu ahnen war, dass die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) in die Landtage der drei Bundesländer einzuziehen würde, sind doch die konkreten Zahlen frappierend und alarmierend. Sie sind Ausdruck einer seit Jahren andauernden Rechtsentwicklung in Deutschland, der mit dem Wegsehen bei Nazi- und Pegida-Demonstrationen sowie der Kriminalisierung antifaschistischer Proteste, Vorschub geleistet wurde.

Während einer Diskussion im Landesvorstand Sachsen der VVN-BdA wurde die Befürchtung laut, dass bei kommenden Wahlen in Sachsen das Wahlergebnis für die AfD in Sachsen-Anhalt noch übertroffen werden könnte. Daraus ergibt sich die Aufforderung an die sächsische Landesregierung sowie alle demokratischen Kräfte im Freistaat, gemeinsam geeignete und wirksame Maßnahmen zur Zurückdrängung des rassistischen, faschistischen Gedankengutes durchzusetzen und den Worten unseres Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich nun unverzüglich konkrete Taten folgen zu lassen. Die Unterstützung und das Mittun unserer Mitglieder sind dabei sicher. Es gilt, unsere Demokratie vor einem widerrechtlichen Einverleiben durch rechte Demagogen Befürworter einer nationalistischen, menschenverachtenden und unsozialen Gesellschaftsform zu verteidigen.

*Peter Giersich
Sprecher VVN-BdA Sachsen*

HAMSTERRAD

Der Kapitalismus ist ein Hamsterrad das sich Jahr für Jahr immer schneller drehen muss, da es sonst aus den Angeln rutscht. Wie gehen die unterschiedlichen Parteien mit dieser Situation um?!

CDU: „Wir müssen schneller rennen, dann wird das schon!“

SPD: „Was die CDU erzählt ist komplett der falsche Weg. Wir sagen: Wir müssen schneller rennen, dann wird das schon!“

Grüne: „Wenn wir uns nur gesünder ernähren, dann schaffen wir das schnellere Rennen auch!“

FDP: „Wir müssen einen Motor anbringen, der das Hamsterrad schneller werden lässt. Wenn es elektrisch funktioniert, dann braucht es der Mensch ja nicht mehr antreiben!“

AfD, NPD usw.: „Wir müssen alle >>Nichtdeutschen<< aus dem Hamsterrad entfernen, dann macht uns auch die Geschwindigkeit nix aus! Der Volksdeutsche rennt schließlich schneller als alle anderen Völker der Welt.“

DIE LINKE: „Wir müssen aus dem Hamsterrad aussteigen, sonst fallen wir irgendwann alle auf die Fresse!“

Und wie reagiert das Volk?!: „Scheiß LINKE, die wollen uns das Hamsterrad wegnehmen!“

Maik Schwarz

INTERESSANT ?!

„Jedes Jahr landen in Deutschland 11 Millionen Tonnen Lebensmittel im Wert von circa 25 Milliarden Euro von der Lebensmittelherstellung bis zum Privathaushalt im Müll.“

Um diese Menge zu transportieren, wären 275.000 Sattelschlepper notwendig.“

verbraucherzentrale.de

ENTBÜROKRATISIERUNG DES SOZIALGESETZBUCHES II (SGB II)

Einreichung in den Bundestag am 14.4.2016 geplant

Änderung bei Anrechnung von Einkommen und Vermögen, Änderung der Anspruchsvoraussetzungen auf Arbeitslosengeld II, Änderungen bei den Kosten der Unterkunft u.a.

Wir laden Sie für den 18. April 2016 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr in den Klubraum der AWG (in 08209 Auerbach, Eisenbahnstr. 32) zum Bürgerforum ein.

Es informieren Mitglieder des Sozialforums Göltzschtal.

*Alle betroffenen und sozial engagierten Bürger sind herzlich eingeladen!!!
www.sozialforumgoeltzschtal.de*

WIR SIND FÜR EUCH DA!

Kreisgeschäftsstelle

DIE LINKE Vogtland

Bahnhofstraße 49

08523 Plauen

Tel.: 03741/201695

E-Mail:

kontakt@dielinke-vogtland.de

Öffnungszeiten

Montag

16.00-18.00 Uhr

Dienstag

14.00-17.00 Uhr

Mittwoch

10.00-12.00 Uhr

Donnerstag

16.30-18.00 Uhr

Freitag

geschlossen

und nach Vereinbarung

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Helga Kasten	Plauen	19.04.
Inge Bille	Plauen	21.04.
Hermann Wolf	Klingenthal	21.04.
Käthe Gromoll	Klingenthal	21.04.
Willy Unger	Plauen	22.04.
Ursula Mieth	Auerbach	23.04.
J. Gruschwitz	Reichenbach	26.04.
W. Treichel	Falkenstein	28.04.
Harald Gruner	Plauen	04.05.
Dieter Gebhardt	Falkenstein	05.05.
Günther Wilferth	Tirpersdorf	06.05.
Inge Krüger	Plauen	08.05.
Kathrin Kosche	Auerbach	10.05.
Inge Schäfer	Falkenstein	14.05.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.03.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.04.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.